

read_it

Das Kundenmagazin des BRZ



Cyber Security

Eine Utopie? Dieses große Thema diskutiert das BRZ
im Rahmen einer Session beim Europäischen Forum Alpbach

Finanzminister Hartwig Löger im Interview

Die Herausforderung der Digitalisierung und seine Strategien für die Zukunft

Justiz - Bleibt alles anders

Das neue Scan-Service des BRZ ergänzt als wichtiges Feature
den Justizarbeitsplatz



12
Feierliche Eröffnung der BRZ Innovation Factory - hier wird Verwaltung neu gedacht!



16

Cyber Crime ist ein Milliardenbusiness geworden, doch welche Strategien helfen? Das BRZ diskutiert das im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach.



6

Finanzminister Hartwig Löger spricht über die Herausforderung der Digitalisierung, die Arbeitsplätze von morgen und seine Strategien für die Zukunft.

Inhalt

- Update**
Neues aus der Welt der Verwaltungs-IT 4
- Interview**
BM Hartwig Löger über die Herausforderungen der Digitalisierung 6
- Transformation**
Die österreichische Finanzverwaltung als E-Government-Pionier 9
Innovation Factory: feierlich eröffnet 12
Neue SAP-Welten - wohin die Reise geht 14
Cyber Security - die Session des BRZ im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach 16
- BRZ Inside**
Interview mit Karin Kschwendt, der neuen Bereichsleiterin HR DSGVO - der 25.5. ist vorbei, was passiert jetzt? 20
Was bringt die Datenschutz-Folgenabschätzung? 23

Sie wollen noch mehr über das BRZ & seine Produkte wissen?
Bestellen Sie unseren Newsletter unter:
www.brz.gv.at



Liebe Leserinnen und Leser!

Internationale Cyber-Crime-Statistiken belegen, dass Organisationen in den Kategorien „Rechenzentrum“ und „Government“ als hoch gefährdet eingestuft werden. Das Bundesrechenzentrum ist also ein begehrtes Angriffsziel. Es kann aber jeden treffen: Rund 61 % der österreichischen Unternehmen waren in den letzten zwölf Monaten Opfer einer Cyber-Attacke. Im Fokus standen dabei mittelständische Betriebe (70 %) und große Konzerne (66 %), aber auch jedes zweite kleinere Unternehmen war laut aktueller KPMG-Studie „Cyber Security in Österreich“ betroffen.

Die Gewährleistung von Informationssicherheit stellt in wirtschaftlicher Hinsicht große Herausforderungen dar. Deshalb stellen wir uns im Rahmen der Wirtschaftsgespräche des Europäischen Forums Alpbach die Frage, ob und wie Resilienz in einer digitalen Wirtschaft machbar ist. Mit BRZ-Geschäftsführer Mag. Markus Kaiser diskutieren darüber unter anderem Dr. Shermin Voshmgir, Direktorin des WU-Forschungsinstituts für Kryptoökonomie und Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Vorstandsvorsitzende der Austrian Power Grid AG. Was sie zum Thema zu sagen haben, können Sie auf den Seiten 18 und 19 lesen.

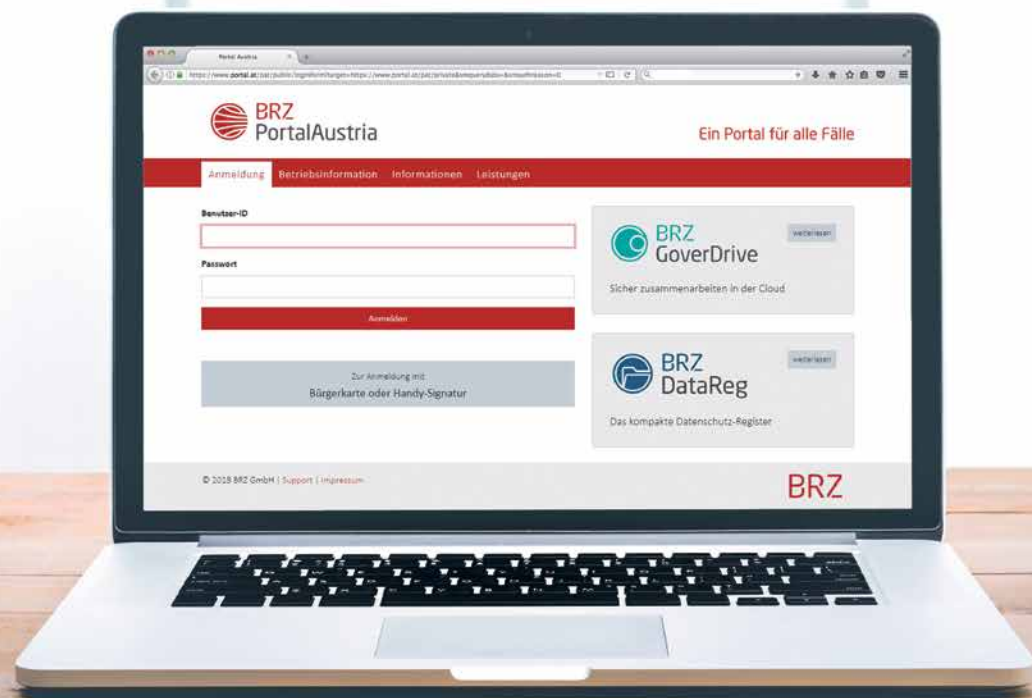
Im großen Sommer-Interview berichtet uns Finanzminister Hartwig Löger über die Leuchtturm-Projekte im Bereich digitaler Transformation seines Ressorts und erfolgreiche IT-Lösungen wie FinanzOnline oder die antragslose Arbeitnehmerveranlagung. Außerdem verrät er uns, wie und wo das Finanzministerium auf aktuelle Technologien wie „Predictive Analytics“, „Künstliche Intelligenz“ oder „Blockchain“ setzt. „Wenn es um Innovation und Digitalisierung geht, brauchen wir uns nicht zu verstecken“, so Löger.

Gemeinsam innovativ sind das BRZ und seine Kunden in der neuen BRZ Innovation Factory. Der Raum für mehr Kreativität wurde Ende Juni im Beisein von Bundesminister Hartwig Löger und Bundesministerin Dr. Margarete Schramböck offiziell eröffnet. Außerdem auf den nächsten Seiten: Was sich gerade im Programm Justiz 3.0 tut, wie es nach dem Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung weitergeht und ein Interview mit Karin Kschwendt, der neuen BRZ-Bereichsleiterin „Human Resources & Technischer Support“.

Viel Vergnügen beim Lesen – read_it and enjoy_it

Mag. Alexander Aigner
Chefredakteur

Impressum
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Bundesrechenzentrum GmbH, Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien, E-Mail: read_it@brz.gv.at
Chefredaktion: Mag. Alexander Aigner. Redaktionelle Mitarbeit: Mag. Daniel Rosenauer. Gestaltung und Produktion: AwG Verlag GmbH, www.awg-verlag.at
Fotos/Illustrationen: iStock.com/KrulUA (Cover, S. 2, S. 16), BRZ/Kawka (S. 3), BRZ - iStock.com/HAKINMHAN (S. 4), iStock.com/Tuned_In (S. 5), BMF-Wilke (S. 2, S. 6-8), iStock.com/xijian (S. 9), Regina Aigner (S. 10), iStock.com/baona (S. 10), Zimmermann (S. 11), BRZ/Weber (S. 11), BRZ/Kawka (S. 2, S. 12), iStock.com/Danil Melekhin (S. 14), citronenrot (S. 15), BRZ/Weber (S. 17), Alexander Koch (S. 18), APG/Karl Michalski (S. 19), BRZ/Vynhalek (S. 19), BRZ/Weber (S. 21), iStock.com/Good_Stock (S. 22), privat (S. 23)
Druck: Ueberreuter Print & Packaging GmbH



Der Relaunch des BRZ Portal Austria bringt neue technische Features und ein modernes Erscheinungsbild.

Ein Portal für alle Fälle

Relaunch. Das BRZ Portal Austria wurde vor fast 20 Jahren gelauncht und 2012 mit dem European Cloud Award ausgezeichnet. Es stellt einen einfachen Zugang für die Anwendungen der österreichischen Verwaltung via Single-Sign-on sicher. Mehr als 140.000 Benutzer/innen haben damit Zugriff auf bis zu 400 integrierte Anwendungen, darunter

alle Querschnittsanwendungen der Bundesverwaltung. Durchschnittlich erfolgen ca. 350.000 Anmeldungen pro Tag. Um das BRZ Portal Austria für sämtliche digitalen Anforderungen fit zu machen, wurde auf ein State-of-the-Art-Framework umgestellt. Damit verbunden ist auch ein moderneres und innovatives Erscheinungsbild. Das neue Responsive Design erlaubt die Darstellung auf allen mobilen Endgeräten.

Sie haben noch Fragen?

Dann schreiben Sie uns: Sylvia.Sachs-Gabitzer@brz.gv.at ■

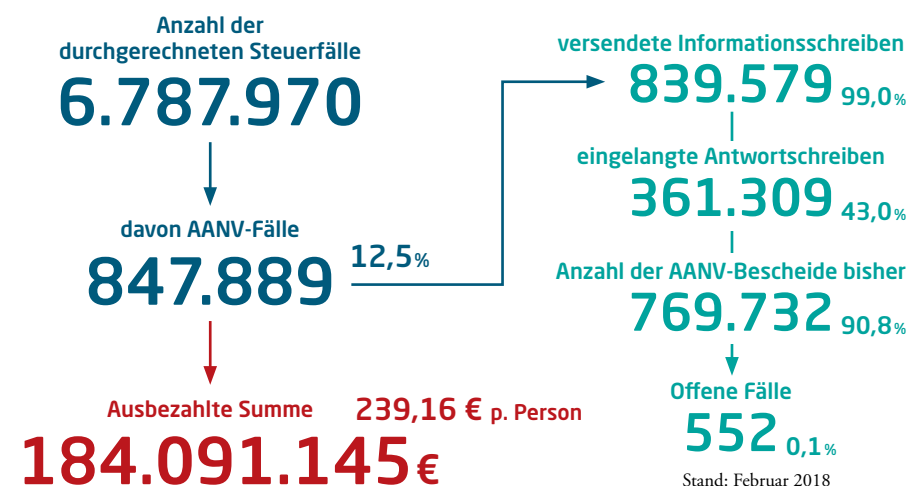


Neue Features im Überblick

- > Personalisierbare Anwendungsliste
- > Bindung des Accounts an eine Bürgerkarte/Handysignatur ist jederzeit durchführbar
- > Betriebsmitteilungen sind für jeden Kunden bei Bedarf separat steuerbar
- > Kundenspezifische Design- und Authentisierungsvorgaben sind bei Bedarf möglich

Ein Jahr antragslose Arbeitnehmerveranlagung

Erste Bilanz. Seit einem Jahr läuft die antragslose Arbeitnehmerveranlagung (AANV) – Zeit für eine kurze Bilanz. Für 770.000 Österreicherinnen und Österreicher kam der Steuerausgleich für 2017 automatisch – was sich einfach anhört, ist ein Großprojekt, das aber sehr erfolgreich über die Bühne ging. Alle jene, die für die antragslose Arbeitnehmerveranlagung in Frage kommen, erhielten zuvor ein Informationsschreiben – um die Kontonummer gegebenenfalls zu aktualisieren. Insgesamt wurden 183 Mio. Euro an Steuergutschriften ausbezahlt, das entspricht im Durchschnitt 239 Euro. ■



Gegen Geldwäsche alle Register ziehen

Die Bekämpfung von Geldwäsche hat für das Finanzministerium höchste Priorität. Ein neues Register unterstützt den Kampf.

Meldepflicht kommt. Mit der Umsetzung der Richtlinie 2015/849/EU, salopp auch Geldwäsche-Richtlinie genannt, verpflichten sich die EU-Mitgliedstaaten, ein Register einzurichten, in das die wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, Stiftungen und Trusts eingetragen werden müssen. Dadurch wird es für kriminelle Personen und Organisationen schwerer, illegal erlangtes Vermögen in das reale Wirtschaftsleben einzubringen. Abfrageberechtigt sind u.a. die Geldwä-

sche-Meldestelle, Finanzstrafbehörden oder das Bundesfinanzgericht. Einblick haben auch alle Unternehmen, die bei ihren Kunden auf Geldwäsche achten müssen. Dazu zählen Banken, Anwaltskanzleien, Steuerberater/innen, aber auch Unternehmensberater/innen, Versicherungsmakler/innen sowie Wettbüros oder Betreiber/innen von Spielautomaten.

Technisch bereits gelöst

Im Auftrag des Finanzministeriums sorg-

ten die Bundesanstalt Statistik Österreich und das BRZ für die technische Realisierung. Meldungen an das Register können über das Unternehmensserviceportal erfolgen. Dabei werden die Daten automatisch mit dem zentralen Melderegister und dem Unternehmensregister abgeglichen. Bereits vorhandene Daten über wirtschaftliche Eigentümer werden ebenfalls genutzt. Bis 2021 sollen die Register der Mitgliedstaaten vernetzt werden. ■

Neue Plattform ermöglicht Bürgerbeteiligung



Freie Geschäftsflächen. Nach einer Auflösung eines Industriebetriebes steht eine Geschäftsfläche frei – was soll damit geschehen? Ein neuer Supermarkt? Ein Hotel? Wohnungen? Oder ein Freiraum für alle Altersgruppen? Wie sollen der Bürgermeister und der Gemeinderat entscheiden?

Bürgerbeteiligungsportal

Im BRZ wird mit dem Produkt eDem (steht für eDemocracy) eine Plattform für Bürgerpartizipation geschaffen. Unter eDemocracy wird die Umsetzung beziehungsweise Unterstützung demokratischer Prozesse mittels IT verstanden. Sämtliche Formen von Online-Beteili-

gungen zwischen staatlichen Institutionen, den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind dabei umfasst.

Befragungen und Ideenfindung

BRZ eDem wird somit Gemeinden, Ländern, dem Bund sowie interessierten Institutionen die Möglichkeit bieten, auf einfache Weise Befragungen, Ideenfindungen oder Konsultationen durchzuführen. Die Anwendungsfälle reichen von einer Befragung innerhalb einer Gemeinde über die Einholung von Kundenfeedback durch einen Dienstleister bis hin zu einer Ideenfindung zu Problemen oder einer Gesetzesbegutachtung.

Anonymität gewährleistet

Das BRZ setzt eDem mit einem besonderen Augenmerk auf Sicherheit, Zuverlässigkeit und Transparenz um. So werden beispielsweise die Teilnehmer/innen pro Umfrage nur einmal ihre Stimme abgeben können, um eine tragfähige und unverfälschte Aussage zu erhalten. Durch Trennung von Identität und Wahlurne ist die Stimmabgabe dennoch anonym. BRZ eDem unterstützt mit dieser elektronischen Lösung, die auch in der Blockchain abgesichert werden kann, den Beteiligungsprozess.

Sie haben noch Fragen? Dann schreiben Sie uns: monika.gamper@brz.gv.at ■

„Wenn es um Innovation und Digitalisierung geht, brauchen wir uns nicht zu verstecken“

Finanzminister Hartwig Löger über die Herausforderungen der Digitalisierung, die Arbeitsplätze von morgen, digitale Leuchtturmprojekte und seine Strategien für die Zukunft.

Wie sieht nach den ersten Monaten als Bundesminister für Finanzen Ihre persönliche Bilanz aus?

Die erste Bilanz fällt sehr positiv aus. Die Tätigkeit als Minister ist intensiv, aber ich bin mit großer Freude und Begeisterung dabei. Wir konnten bereits im ersten halben Jahr dieser Bundesregierung viel erreichen. Wir entlasten die Menschen in Österreich und bauen erstmals seit 65 Jahren Schulden ab. Gerne gebe ich Ihnen drei Beispiele: Mit dem Familienbonus Plus sinkt die Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro im Jahr. Davon profitieren nicht weniger als 950.000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern. Durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages werden besonders kleinere Einkommen mit durchschnittlich 320 Euro pro Jahr entlastet. Mehr als 30.000 Betriebe in Österreich profitieren von der Senkung der Umsatzsteuer bei Übernachtungen. Ein wichtiger Schritt für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts.

Die Entwicklung von digitalen Bürger/innen-Services in Österreich ist untrennbar mit dem BMF verbunden. Das BMF war mit Lösungen wie FinanzOnline stets Treiber der digitalen Transformation – aus Ihrer Sicht eine Erfolgsgeschichte?

Unser Service FinanzOnline ist beispielhaft und definitiv eine Erfolgsstory. Wir ermöglichen Unternehmen und Privatpersonen auf interaktivem Weg einen sicheren und direkten Kontakt mit dem Finanzamt. Wir haben bei den Erklärungen zur Arbeitnehmerveranlagung (L 1) eine FinanzOnline-Quote von 71 Prozent, bei den Umsatzsteuererklärungen (U 1) eine FinanzOnline-Quote von 91 Prozent und den Körperschaftsteuererklärungen (K 1) sogar eine FinanzOnline-Quote von 97 Prozent. Mit diesen Zahlen und insgesamt mehr als 4,5 Millionen FinanzOnline-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern können wir zu Recht stolz sein.

Was sind die aktuellen Leuchtturm-Projekte Ihres Ressorts im Bereich digitaler Transformation und wann werden diese umgesetzt?

Wir haben im vergangenen Jahr erfolgreich die antragslose Arbeitnehmerveranlagung eingeführt. Hier bekommen Personen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, automatisch ihre Steuergutschrift auf ihr Konto. Ganz ohne jemals eine Steuererklärung abgegeben zu haben. Mehr als 850.000 Fälle wurden auf diese Weise bearbeitet. Darauf basierend wurden Steuergutschriften in der Höhe von über 180 Millionen Euro ausbezahlt. Im August dieses Jahres geht das Projekt in eine neue Runde. Im Frühjahr 2018 wurde erstmals die automatische Datenübermittlung für Sonderausgaben wie Spenden oder beispielsweise den Kirchenbeitrag zwischen den betroffenen Institutionen und der Finanzverwaltung durchgeführt. Hierbei werden Spenden von der Spendenorganisation an das zuständige Finanzamt gemeldet und automatisch in der Steuererklärung des Spenders oder der Spenderin berücksichtigt. Keine Erlagscheine müssen mehr aufgehoben werden. Beide Projekte wurden im Sinne von Serviceorientierung und Kundenfreundlichkeit erfolgreich umgesetzt.

Gerade im Finanzbereich werden oft aktuelle Technologien wie „Predictive Analytics“, „Künstliche Intelligenz“ oder „Blockchain“ eingesetzt. Auch im BMF gibt es einige laufende Projekte, die auf diesen Technologien basieren. Können Sie uns dazu schon mehr verraten?

Unser Predictive Analytics Competence Center (PACC) trägt durch Analyse vorhandener Daten zu einer effizienten Betrugsbekämpfung bei. Nahezu alle Finanzverwaltungen in Europa stellen sich den Herausforderungen der Digitalisierung mit vergleichbaren Abteilungen. Die Expertinnen und Experten im BMF versuchen, moderne Technologien gezielt dort in

„Das BRZ ist seit Jahren verlässlicher Partner des Bundes, um Dinge auf den Boden zu bringen.“

Hartwig Löger, Finanzminister

die Arbeitsprozesse zu integrieren, wo sie Standardabläufe unterstützen. Letztendlich soll ein modernes Risikomanagement durch innovative Methoden gewährleistet werden. Der Gedanke der Blockchain ist schon jetzt im Ansatz in der Umsetzung der Registrierkassensicherungsverordnung (RKSv) enthalten.

Ist der Einsatz von Predictive Analytics im Kampf gegen Steuerbetrug gerechtfertigt oder schürt das die Verunsicherung vieler Bürger/innen vor zu viel Digitalisierung?

Die zunehmende Komplexität unserer Datenwelt im Bereich von Big Data erfordert anspruchsvolle Methoden wie Predictive Analytics. Der Einsatz dieser mathematisch-statistischen Auswertungs- und Analyseverfahren soll die Optimierung der Aufgabenbewältigung in der Finanzverwaltung auch bei der Risikofallauswahl unterstützen. Angestrebt wird eine Steigerung der systematischen Risikoauswahl bei Auffälligkeiten. Firmen, die sich steuerlich verhalten, stehen dadurch nicht im Zentrum von Überprüfungsverfahren. Tax Compliance zeigt sich eben auch in den Steuerdaten. Die innovativen Verfahren von Predictive Analytics

suchen ausschließlich nach Betrugsmustern, sodass kein Anlass für Verunsicherung besteht.

Schafft künstliche Intelligenz Arbeitsplätze oder werden dadurch welche reduziert? Wie sehen Sie das?

Im BMF hat der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bisher nur Arbeitsplätze geschaffen. Mit der Gründung des PACC per 1. Juni 2016 wurden erstmals Stellen für sogenannte Data Scientists ausgeschrieben und zwischenzeitlich auch erfolgreich mit erfahrenen Mathematikern und Statistikern besetzt. Diese arbeiten in interdisziplinären Projektteams in den unterschiedlichsten Bereichen des Ressorts zusammen.

Der Arbeitsplatz der Zukunft ist im BMF Realität. Wie wird dieses Thema weiterentwickelt? Wie könnte der Arbeitsplatz im BMF in zehn Jahren aussehen? Inwiefern kann das BMF da anderen Ressorts als Vorbild dienen?

Wir sind bestrebt, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten. Das reicht von einer vertieften Ausbildung auf der Bundesfinanzakademie bis hin zur Ausstattung mit funktionstüchtigem



Finanzminister Hartwig Löger

geboren am 15. Juli 1965 in Selzthal (Steiermark)
Familienstand: verheiratet, Tochter und Sohn

Beruflicher Werdegang:

- › seit 18. Dezember 2017 Bundesminister für Finanzen
- › 2013-2017 Vorsitzender des Vorstands (CEO) UNIQA Österreich Versicherungen AG
- › 2005-2011 Leiter Exklusivvertrieb Konzern UNIQA Versicherungen AG, Wien
- › 2002-2005 Geschäftsführer der UNIQA International Versicherungs-Holding GmbH, Wien
- › 1997-2002 Leiter Vertrieb Stammorganisation Donau Versicherung AG, Wien
- › 1996-1997 Assistent der Geschäftsleitung Grazer Wechselseitige Versicherung AG, Graz
- › 1989-1996 Verkaufsleiter bei Allianz Versicherung AG, Graz
- › 1985-1986 Kundenbetreuer bei AON Jauch & Hübener Versicherungsmakler GmbH, Graz

Equipment. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Durch Analysetools wie Predictive Analytics können wir unsere Prüfungen noch zielgerichteter und effizienter durchführen. Die Kombination von Technik und dem menschlichen Wissen wird den Arbeitsplatz der Zukunft im BMF prägen. Schon heute arbeiten wir eng mit anderen Ministerien zusammen, beispielsweise Zoll und Polizei am Flughafen – wir lernen ressortübergreifend voneinander und profitieren von Kooperationen.

Laut DESI-Index der EU-Kommission ist Österreich auf Platz 11. Was kann/muss man tun, um in Europa in Sachen E-Government wieder an die Spitze zu kommen?

Laut dem Monitoring Report der WKO liegt Österreich im oberen Viertel des Rankings, wenn es um Innovation und Digitalisierung geht, und ich denke, wir brauchen uns wirklich nicht zu verstecken. Klar ist, dass wir beispielsweise beim Ausbau des Breitbandnetzes, dem Fokus auf die sogenannten MINT-Fächer im Ausbildungsbereich oder der Stärkung von Risikokapitalfinanzierung im Bereich Innovation noch Luft nach oben haben. Doch mit einer dynamischen Ministerin für Digitalisierung wie Margarete Schramböck mache ich mir keine Sorgen, dass wir hier in den kommenden Jahren Plätze gutmachen werden.

Wie sehen Sie dabei die Rolle des BRZ als Innovations- und Technologie-Partner der österreichischen Verwaltung?

Das BRZ ist seit Jahren verlässlicher Partner des Bundes, um Dinge auf den Boden zu bringen. Auch hier gilt es selbstverständlich, in puncto Innovation, Digitalisierung und Trends am Ball zu bleiben und gemeinsam eine Strategie für die Zukunft zu erarbeiten.

Was sind Ihre Visionen für die Zukunft? Wie und wohin soll sich die Verwaltung im Rahmen der digitalen Transformation künftig entwickeln?

Wir haben mit unserer Co-Creation-Plattform e³lab eine gute Basis geschaffen, um mit konstruktiven Menschen in Kontakt zu treten. Hier kommen viele Ideen, wie eine Finanzverwaltung der Zukunft aussehen kann. Wichtig ist, keine Angst vor Veränderungen zu haben. Das gilt sowohl für die Bevölkerung als auch für die Verwaltung. Die Digitalisierung von Prozessen kann Erleichterung, Entlastung und Effizienzsteigerung für beide Seiten bedeuten, sodass wir am Ende eine Win-win-Situation haben, von der alle profitieren. ■

Synergien nutzen, Effizienz steigern, Wirtschaft stärken

Die österreichische Finanzverwaltung ist E-Government-Pionier. So ist etwa FinanzOnline ein preisgekröntes E-Service-Flaggschiff, das seit 2003 hilft, Zeit und Kosten einzusparen.

Service steigern. Das Motto des stetig wachsenden E-Government-Angebots des Finanzministeriums (BMF) lautet: „Synergien nutzen, Effizienz steigern, Wirtschaft stärken“. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen das bestmögliche Service zu bieten und immer mehr Behördenwege elektronisch und damit einfach, schnell und effizient zu gestalten.

Portal-Lösungen

Viele Behördenwege lassen sich über die E-Government-Portale des BMF besonders einfach elektronisch abwickeln: So können Sie die Arbeitnehmer/innenveranlagung über das Portal FinanzOnline per Mausklick vornehmen, über das Transparenzportal Förderungen einsehen und beantragen oder Rechtsinformationen zu Steuern und Zoll im Informationsportal Finanzdokumentation finden. Alle Anwendungen verfügen über einheitliche Benutzeroberflächen zur einfachen Orientierung, zentral gewartete Datenpools mit Informationsverknüpfung über Applikationsgrenzen, Single-Sign-on und laufen in höchsten Sicherheitsklassen.

› **FinanzOnline:** Mehr als 4,5 Mio. Personen nutzen FinanzOnline. Das wichtigste E-Government-Portal der Finanzverwaltung steht kostenlos rund um die Uhr zur Verfügung. Steuererklärungen sowie andere Anträge und Anbringen können jederzeit und bequem von zu Hause aus erledigt werden. An Verwaltungskosten konnten damit seit 2003 ca. 650 Mio. Euro eingespart werden.

› **Informationsportale:** Das Portal „Finanzdokumentation“ ist eine umfassende, aktuelle und kostenfreie Informationsquelle für Rechtsfragen zu Steuern und Zoll. Das IKT-Sicherheitsportal onlinesicherheit.gv.at beschäftigt sich ausschließlich mit Themen rund um die Sicherheit in der digitalen Welt.

› **Transparenzportal:** Das Transparenzportal bietet allen durchgängige Information über das gesamte Angebot an Förderungen von Bund und Ländern und bietet auch die Möglichkeit, bestimmte Förderansuchen des Bundes online abzuwickeln.

E-Government-Lösungen

Eine moderne, schlanke Verwaltung stützt sich auf innovative Informations- und Kommunikationstechnologien. Hier bringt das BMF mit der E-Rechnung an den Bund Einsparungspotenzial für Wirtschaft und Behörden, Finanzpolizei Online unterstützt die bundesweite Arbeit gegen Steuerbetrug und E-Zoll verwirklicht die vollelektronische Zollabwicklung. Durchgehende elektronische Abwicklung, Verfahrenssicherheit und der Schutz personenbezogener Daten bilden weitere wesentliche Komponenten. Gleichzeitig öffnen sich die Verfahren durch zunehmende Interaktivität für State-of-the-Art-Technologien wie Smartphones und Tablets.

› **Erfolgsrezept No-Stop-Shop:** Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung sorgt für mehr Effizienz, etwa wenn vorhandene Daten sinnvoll verknüpft und genutzt werden. Auf dieser Basis funktionieren No-Stop-Shops. Eine Vorzeige-Lösung dazu ist die antragslose Familienbeihilfe, bei der Familien nach der Geburt eines Kindes automatisch die Familienbeihilfe erhalten. Die antragslose Arbeitnehmerveranlagung ist ebenfalls eine Transaktion, bei der die Betroffenen nichts aktiv tun müssen. Das spart der Verwaltung Kosten und den Bürgerinnen und Bürgern Zeit.

› **E-Rechnung an die öffentliche Verwaltung:** Seit 2014 müssen Rechnungen über Waren und Dienstleistungen an den Bund in strukturierter elektronischer Form eingebracht werden – dies spart allen Beteiligten Zeit und Geld. Das vom Finanzministerium initiierte Unternehmensserviceportal ist dafür ein zentrales Zugangportal.

› **E-Zoll und Zollkodex der Union:** Mit dem elektronischen Zoll wurde die Abfertigung von Waren und Gütern auf eine moderne Basis gestellt. Seit Mai 2016 ist in allen EU-Mitgliedstaaten der Zollkodex der Union anzuwenden, der den elektronischen Informationsaustausch zwischen den Zollbehörden und zwischen Wirtschaftsbeteiligten vorsieht.

BRZ ist Umsetzungspartner

Für die meisten IT-Lösungen, die das BMF zu einer der modernsten Finanzverwaltungen Europas machen, ist das BRZ der technische Umsetzungspartner. Das BRZ zeichnet für die technische Projektumsetzung, für die Analyse, Programmierung und Systemimplementierung sowie für die Wartung und den laufenden Betrieb zahlreicher Anwendungen verantwortlich. ■



„Die Umstellung von 670 Arbeitsplätzen an fünf Standorten gelang nur durch eine gute Vorbereitung, eine genaue zeitliche Planung und die rechtzeitige Involvierung aller Beteiligten.“

Mag. Harald Perl, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts



Justiz – Bleibt alles anders

Das Ministerium hat jetzt mehr Aufgaben, aber das umfangreiche IT-Programm Justiz 3.0 hat nach wie vor oberste Priorität.

Neue Kompetenzen. Das Bundesministeriengesetz legt die Zahl der Bundesministerien und ihre Wirkungsbereiche fest. Mit der Novelle 2017 kam es zu einigen Kompetenzverschiebungen zwischen einzelnen Ministerien und Neubezeichnungen von Ressorts. Das Justizministerium, nunmehr offiziell Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ), erhielt ein größeres

Aufgabengebiet. Neu eingegliedert wurden der Verfassungsdienst, die Datenschutzbehörde und das Bundesverwaltungsgericht.

In wenig Zeit viel erreicht

Da das am 20. Dezember letzten Jahres im Nationalrat beschlossene Gesetz bereits am 8. Jänner 2018 in Kraft getreten ist, war es notwendig, den Betrieb der IT von Verfassungsdienst und Datenschutz-

behörde in die Justiz-IT zu integrieren. „Für die reibungslose Migration der Userdaten, Daten von Netzlaufwerken und Mailboxen sowie die Neuausstattung aller Arbeitsplätze hatte das BRZ als technischer Umsetzungspartner, lediglich neun Tage Zeit“, schildert Dr. Martin Schneider, Leiter der BMVRDJ-Rechtsinformationsabteilung. „Eine ähnliche Herausforderung war die Integration der IT des Bundesverwaltungsgerichts. Dafür hatte das BRZ zwar bis Juni Zeit, allerdings wurden hier rund 670 Arbeitsplätze an fünf Standorten in ganz Österreich

Das Beste aus zwei Welten

Das Scanservice des BRZ ist eine sinnvolle Ergänzung für den Justizarbeitsplatz.

Kommunikation alt und neu.

Den Dienststellen des BMVRDJ soll auch künftig die papierbasierte Kommunikation ermöglicht bleiben. Um Medienbrüche zu vermeiden und nicht auf die vielen Vorteile der digitalen Abwicklung verzichten zu müssen, entschied man sich für die zentrale Digitalisierung der Posteingangsstücke. Die Dokumente werden in gesicherten Transportbehältern täglich in das Scan-Center des BRZ geliefert. Dort werden die Originale vorsortiert, von Binde- und Heftmaterial befreit und mit Barcodes versehen dem Scanprozess zugeführt. Modernste Capture-Technologie sorgt dafür, dass der Inhalt der physischen Dokumente zuverlässig erkannt, extrahiert und korrekt zugeordnet wird. Selbstverständlich erfolgt dabei immer eine manuelle Qualitätskontrolle.

Egal wann, egal wo ...

Die Originale werden danach wieder retourniert, könnten auf Wunsch aber auch gelagert und anschließend vernichtet werden. Die digitalen Bild- und Metadaten werden direkt nach der Verarbeitung in der Justiz-Anwendung bereitgestellt. Dort stehen sie dann mehreren Usern gleichzeitig zur Verfügung, und zwar jederzeit und ortsunabhängig. Damit sind die Daten ab sofort für die effiziente, papierlose Verarbeitung verfügbar und die Voraussetzungen für gelebte Verwaltungseffizienz, Prozess-Automation und „Mobility“ realisiert.

Keine Kapazitätsgrenzen

Der zentrale Scanservice ist beliebig skalierbar. „Wir digitalisieren im BRZ für alle unsere Kunden zusammen an

Spitzentagen bereits bis zu 100.000 Seiten“, so DI (FH) Robert Hrabovszky, MA, Service Delivery Manager im BRZ. „Es sind noch Kapazitäten vorhanden. Je mehr digitalisiert wird, desto besser. Denn so steigen die Kostenvorteile für alle Kunden. Und bei großen Volumina schlagen die Skalen- und Synergieeffekte erst so richtig zu Buche.“

Standardisierung spart Kosten

Weiteres Optimierungspotenzial ergibt sich aus der zentralen Verarbeitung. „Allein für die vier derzeitigen Pilot-Dienststellen konnten durch die Verwendung der BRZ-Scanservices Einsparungen von ca. 150.000 Euro pro Jahr realisiert werden“, erklärt DI Richard Schmid, Abteilungsleiter Justizanwendungen im BRZ. „Darüber hinaus sinkt

übernommen“, erklärt Mag. Harald Perl, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.

Fit für die Zukunft machen

Das IT-Programm Justiz 3.0, das die österreichische Justiz zukunftsfit machen soll, wird – eine adäquate budgetäre Bedeckung vorausgesetzt – weiter voran getrieben. Um mehr und bessere Leistungen mit beschränkten Ressourcen zu erbringen, setzt das BMVRDJ verstärkt auf digitale Kommunikation mit Verfahrensbeteiligten und auf die Digitalisierung sämtlicher Akten. Dazu werden auch die Arbeitsplätze der Justiz-Mitarbeiter/innen entsprechend ausgerüstet. Der Pilotbetrieb des integrierten Justizarbeitsplatzes läuft bereits an vier Standorten des Arbeits- und Sozialgerichts. Seit Kurzem nimmt auch das Handelsgericht (HG) Wien mit sechzehn Abteilungen am Pilotbetrieb teil. Im Zuge dessen wurden auch zehn Verhandlungssäle entsprechend den Anforderungen der digitalen Aktenführung ausgestattet. Zusammen mit dem HG Wien wurde ebenfalls bei den anderen Gerichten auf einen zentralen Scan durch das BRZ umgestellt. ■



„Mit dem digitalen Akt ergeben sich parallele Zugriffsmöglichkeiten – ein noch so umfangreicher Akt ist mobil und ortsunabhängig verfügbar. Volltextsuche und weitere Tools ermöglichen eine effiziente Strukturierung komplexer Sachverhalte. **Justiz 3.0 macht uns für die digitale Zukunft fit.**“

Dr. Maria Wittmann-Tiwald, Präsidentin des Handelsgerichts Wien

der Verwaltungsaufwand und damit verbunden auch das Fehlerpotenzial.“ In Zeiten von gesteigerten Qualitäts- und Datenschutzanforderungen liegt es auf der Hand, warum sich das BMVRDJ für die BRZ-Lösung entschieden hat. ■



scan_it

DI (FH) Robert Hrabovszky, MA
Service Delivery Manager im BRZ

Yes. We scan!

Wer braucht Scanservices? Diese Frage habe ich mir gestellt, bevor ich begonnen habe, für das BRZ zu arbeiten. Nun sehe ich das aber anders. Ich verstehe unseren Auftrag als Dienst an der Gesellschaft: Wir digitalisieren Österreich – eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe mit großem Wachstumspotenzial, für Sie, für uns, für mich.

Ein Bereich, in dem die Digitalisierung stetig zunimmt, ist die öffentliche Verwaltung – getriggert etwa durch das Deregulierungsgesetz 2017, auf Basis dessen jede Bürgerin und jeder Bürger ab 2020 das Recht auf elektronischen Austausch mit Behörden hat. Zusätzlich soll die papierbasierte Kommunikation mit der Verwaltung aber weiterhin bestehen bleiben. Wie also die Brücke zwischen diesen beiden Welten schlagen?

Mit dem Scanservice des BRZ! Unser Ziel ist es, den Zulauf der Papierdokumente an Behörden und ihr bestehendes, physisches Belegstück Stück für Stück zu reduzieren. Daher digitalisieren wir die physischen Archive, Eingangspost und Formulare unserer Kunden und verbinden traditionelle,

„Unser Ziel ist es, den Zulauf der Papierdokumente an Behörden Stück für Stück zu reduzieren.“

papierbasierte Kommunikationswege mit modernen, automatisierten Prozessen. Die digitalisierten Belege können gleich direkt in die entsprechenden Verfahren bzw. Verwaltungsanwendungen integriert werden. Dort stehen sie dann mehreren Usern gleichzeitig zur Verfügung, und zwar jederzeit und ortsunabhängig. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für gelebte Verwaltungseffizienz und „Mobility“. Außerdem können mit dem Scanservice Flächenreduktionen erzielt werden, weil physische Akten viel Platz benötigen, im Gegensatz zu elektronischen.

Die Erfahrung mit Kunden wie dem Finanzministerium, dem Justizministerium, dem Patentamt oder dem Arbeitsmarktservice zeigt, dass die Einbindung von Scanservices in bestehende Abläufe oft als Stein des Anstoßes zur Digitalisierung wirken kann – eine echte Chance zur digitalen Transformation, ohne Brüche mit bereits etablierten und bewährten Methoden.

Und ganz nebenbei: Durch den Einsatz von Hochleistungstechnologie erzielen wir Skalen- und Synergieeffekte in der Digitalisierung der Dokumente, die wir in Form von Kostenreduktionen zurückführen. Das heißt, je mehr Aufträge wir erhalten, desto mehr können unsere Kunden sparen!

Haben Sie Fragen?

Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme unter:
robert.hrabovszky@brz.gv.at

Gemeinsam innovativ: Innovation Factory im BRZ eröffnet

BRZ
innovation
factory



„IT ist eine Wachstumsbranche und wir suchen derzeit einerseits Trainees und haben **weitere 60 Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten** ausgeschrieben. Die Chance, in der Innovation Factory arbeiten zu können, ist also da.“

Mag. Christine Sumper-Billinger, BRZ-Geschäftsführerin



„Unsere Aufgabe ist die **Effizienzsteigerung der Abläufe** für die Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen und die Verwaltung selbst.“

Mag. Markus Kaiser,
BRZ-Geschäftsführer



„Wir wandeln uns vom electronic zum mobile Government und wir stellen die Kunden und die **Nutzerfreundlichkeit in den Mittelpunkt.**“

Dr. Margarete Schramböck,
Digitalministerin



„Die Innovation Factory ist ein **wesentlicher Bestandteil** unserer Strategie, die **digitale Verwaltung** noch näher an den Bürgerinnen und Bürgern auszurichten und damit wieder einen Spitzenplatz in Europa einzunehmen.“

Hartwig Löger, Finanzminister



Die BRZ Innovation Factory ist ein innovativer Raum, um Verwaltung neu zu denken und positive Effekte der digitalen Transformation zu generieren.

Feierliche Eröffnung. Am 20. Juni wurde die BRZ Innovation Factory im Beisein von Bundesminister Hartwig Löger und Bundesministerin Margarete Schramböck feierlich eröffnet. In der Innovation Factory hat das BRZ die Möglichkeit, Workshops zu veranstalten und Prototypen zu entwickeln, um Prozesse der Verwaltung gemeinsam mit Kunden und Partnern neu zu denken. Mittels einer flexiblen, agilen Umsetzung werden beispielsweise Bürger/innen-Services, Blockchain-Piloten oder ein digitaler Ratgeber für KMU zur Daten-

schutz-Grundverordnung umgesetzt. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Einbeziehung der Bürger/innen, die durch den Einsatz moderner Methoden wie Design Thinking sichergestellt wird.

Innovationsgeist und Offenheit

„Die Innovation Factory ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Strategie, die digitale Verwaltung noch näher an den Bürgerinnen und Bürgern auszurichten und damit wieder einen Spitzenplatz in Europa einzunehmen“, führte Finanzminister Löger eingangs aus.

Zusammenarbeit und Zentralisierung

„Unser klares Ziel ist es, die häufigsten Behördenwege sicher auf einer Plattform zugänglich zu machen und damit das Leben der Menschen zu erleichtern. Wir wandeln uns vom electronic zum mobile Government und wir stellen die Kunden und die Nutzerfreundlichkeit in den Mittelpunkt“, so Digitalministerin Margarete Schramböck.

Innovationen aus Österreich

„Unsere Aufgabe ist die Effizienzsteigerung der Abläufe für die Bürgerinnen

und Bürger, für die Unternehmen und die Verwaltung selbst“, skizzierte Markus Kaiser, Geschäftsführer des BRZ, seine Ziele. Geschäftsführer-Kollegin Christine Sumper Billinger ergänzte: „Das BRZ wurde jüngst als drittbesten Arbeitgeber Österreichs ausgezeichnet. IT ist eine Wachstumsbranche und wir suchen derzeit einerseits Trainees und haben weitere 60 Stellen für Spezialistinnen und Spezialisten ausgeschrieben. Die Chance, in der Innovation Factory arbeiten zu können, ist also da.“ ■

Neue SAP-Welten

SAP eröffnet mit seinen vielfältigen Anwendungsbereichen ganz neue Welten. Das BRZ betreibt jetzt schon eine der weltgrößten SAP-Instanzen, aber das Potenzial für eine weitere IT-Konsolidierung und Weiterentwicklung in der Verwaltung ist gegeben. Wohin die Reise geht, erfahren Sie hier.

Kennzahlen Verfahren PM-SAP

Personalstammsätze im System
~ 900.000

Abgerechnete Stammsätze Aktive / Monat
Beamte, VBs, Wehrrechtspersonen etc.:
~ 200.000

Abgerechnete Pensionisten / Monat
~ 160.000

Lohn & Gehalt Netto-Auszahlungssumme / Jahr
~ 10 Mrd. €

SV-Abgaben / Jahr
~ 1,9 Mrd. €

Steuer-Abgaben / Jahr
~ 2,7 Mrd. €

Reisen / Jahr
~ 1.100.000

Reisekosten / Jahr
~ 85 Mio. €

Es kann laufen wie geschmiert ... Stellen wir uns Folgendes vor: Aufgrund eines Regierungsvorhabens soll in einem Ministerium eine neue Abteilung mit fünf Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern geschaffen werden. In der PM-SAP-Anwendung Organisationsmanagement werden diese fünf neuen Planstellen angelegt, in der Folge vom Vorgesetzten genehmigt und der resultierende Stellenplan wird vollautomatisiert in den Budgetvoranschlag übergeleitet. Zur Besetzung dieser Planstellen werden in der Jobbörse des Bundes die Stellen ausgeschrieben. Der Kandidat Max Mustermann sticht im Bewerbungsprozess hervor, absolviert mehrere Runden im Aufnahmeverfahren – all dies wird bereits im elektronischen Bewerbermanagement verwaltet.

Automatisierte Anmeldung

Im Zuge der Neuaufnahme von Herrn Mustermann werden seine Dokumente gescannt und im elektronischen Personalakt abgelegt. Mit der Erfassung seiner besoldungsrechtlichen und abrechnungsrelevanten Informationen im Personalmanagement des Bundes erfolgt die automatisierte Anmeldung bei der zuständigen Sozialversicherung und die Budgetmittelreservierung für die Gehaltskosten im Haushaltsmanagementsystem. Für Herrn Mustermann wird auch ein elektronischer Dienstaussweis bestellt.

Intelligente Schnittstellenkommunikation

Aufgrund von Schnittstellen zu anderen Anwendungen kann er nun mit dessen Hilfe sein Büro aufschließen, sein Notebook in Betrieb nehmen und am Zeiterterminal seine tägliche Zeiterfassung vornehmen. Außerdem findet man Herrn Mustermann sofort im elektronischen Telefonbuch seiner Dienststelle. Für notwendige zusätzliche Ausbildungen wird die im elektronischen Bildungsmanagement bereits vorbereitete Kursserie für Herrn Mustermann gebucht. Seine Dienstreise an den Veranstaltungsort hat er

selbstverständlich schon im Serviceportal Bund mittels Employee Self Service (ESS) beantragt. All dies ist bereits Realität ...

... und hier passiert es

„SAP wird gerne mit den Begriffen Buchhaltung, Kostenrechnung, Lohnverrechnung und Lagerhaltung in Verbindung gebracht. Doch SAP kann viel mehr und bietet umfassende Lösungen im Enterprise-Resource-Planning-Bereich an und stellt durchgängige Entwicklungsplattformen für sämtliche Einsatzzwecke bereit“, erklärt DI Ernst Steiner, SAP-Bereichsleiter im BRZ. Aufgrund der individuellen Möglichkeiten der Oberflächengestaltung im Web-Bereich vermutet kaum ein/e Anwender/in, dass sich hinter oft benutzten IT-Lösungen SAP-Technologie und -Funktionalität verbirgt. Das BRZ setzt für zahlreiche Anwendungen vor allem das SAP-Modul für Human Capital Management (HCM) und den damit verbundenen SAP-Technologiebausteine ein. Die Kernfunktionalitäten dieses Moduls wie im oben erwähnten Beispiel aus der Praxis umfassen Organisationsmanagement, Personaladministration, Abrechnung, Zeitwirtschaft, Reisemanagement, Integration Rechnungswesen, Employee Self Service. Zahlreiche Kunden aus der Bundesverwaltung, darunter Ministerien, Oberste Organe, oder die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) sowie zahlreiche Universitäten und Hochschulen verwenden dieses Modul.

Und wie geht es weiter ...

Die Reise ist längst noch nicht zu Ende, bis 2022 sollen auch die Landeslehrer/innen in die Gehaltsabrechnung integriert werden. Das bedeutet 125.000 zusätzliche Abrechnungsfälle. Damit würden spätestens 2022 485.000 Gehaltsabrechnungen pro Monat in PM-SAP verwaltet werden – was Platz fünf im weltweiten Ranking der größten SAP-Instanzen entspricht. ■



„Technologie ist der entscheidende Faktor für Effizienzsteigerung“

Erich Albrechtowitz ist Chief Information Officer (CIO) und Chief Digital Officer (CDO) des Bundeskanzleramts, im Interview spricht er über die Herausforderungen und die Zukunft der Verwaltung.

Mit Plattformen wie SAP hat man bereits eine beachtliche Standardisierung und Konsolidierung von IT-Services in der Verwaltung erreicht. Wie hoch ist das Potenzial für weitere dieser Schritte? Was sind mögliche Hürden?

Wie Sie richtig anmerken, wurden bereits in der Vergangenheit maßgebliche Schritte für eine Konsolidierung der Informationstechnologie in Österreich und im Besonderen im Bund vorgenommen. Diesen erfolgreichen Weg gilt es nun konsequent weiter zu beschreiten.

Meilensteine dabei sollten sein:

- › Vollständiger Rollout bestehender Services – Beispiele dafür sind der elektronische Personalakt und das elektronische Bildungsmanagement.
- › Identifikation neuer Services, etwa in Form von Basiskomponenten, die zentral erstellt und weiterentwickelt werden und dann breitgefächert zur Nutzung verfügbar sind – Beispiele dafür können Registeranwendungen oder Funktionalitäten im Bereich der Cyber-Sicherheit sein, um das Niveau der Informationsverarbeitung insgesamt zu erhöhen, die Sicherheit und das Vertrauen in staatliche Services zu fördern und Österreich im Ranking bei IKT-Angelegenheiten wieder an die Spitze zu bringen.
- › Die Konsolidierung von IKT-Infrastrukturen und der damit verbundenen Rechenzentrumsleistungen.

Ich persönlich sehe große Potenziale, aber damit verbunden auch Herausforderungen für die Zukunft, wie Internet of Things oder künstliche Intelligenz, welche durch

einzelne IKT-Pioniere nicht mehr zu bewältigen sein werden. Auf diesem Weg wird es auch deutliche Hürden und Untiefen geben. Wenn Veränderung passiert, kann und darf nicht alles gleich bleiben, aber die Maßnahmen sollen für alle transparent sein, Wahrheit ist auch zumutbar!

Entscheidend wird sein:

- › An erster Stelle steht das erforderliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch eine offene und transparente Abwicklung von Konsolidierungsmaßnahmen.
- › Gelingt es, eine ausreichende Ergebniskultur zu etablieren, in welcher der Gedanke „made by“ in den Hintergrund tritt und das Vorliegen von Ergebnissen an erster Stelle steht? Dabei werden Herausforderungen für die Verwaltung und die IKT-Branche zu bewältigen sein.
- › Schafft man es, auch rechtliche bzw. gesetzliche Rahmenbedingungen an moderne IKT-Bedürfnisse anzupassen?

Wie kann man die Effizienz noch steigern, wenn alles einmal konsolidiert ist?

Dazu kann man nur sagen, dass Technologie seit Anbeginn der Menschheit der entscheidende Faktor für Effizienzsteigerungen ist. Es werden neue Technologien in die Gesellschaft und das staatliche Handeln einzugefunden.

Einige davon kennen wir schon: Big Data, Internet of Things, Robotics, künstliche Intelligenz und viele mehr. Es werden auch noch andere, heute noch ganz unbekannt

Technologien kommen, die Gesellschaft und Staat grundlegend verändern werden und so ihren Beitrag zur Effizienzsteigerung und zur Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen leisten werden.

Trends wie Automatisierung, künstliche Intelligenz bestimmen die Diskussion über IT. Wird sich die Verwaltung in 10 Jahren völlig automatisch verwalten?

Die Automation wird stetig steigen und die Menschen werden mit mehr Bildung und mehr Wissen nachziehen. Bildung und lebenslanges Lernen bekommen in diesem Zusammenhang natürlich einen zentralen Stellenwert.

Läuft die Verwaltung völlig automatisch ab? Noch vor einem halben Jahrhundert haben Sie unterschiedliche Bremstechniken zur Vorbereitung auf die Führerscheinprüfung erlernt. Das ist heute im Zeitalter von ABS obsolet, ja geradezu störend. Die Menschen sollen sich mit der Erkennung der Gefahren beschäftigen und nicht mit aufwendigen Bremsmanövern.

Denken Sie den Gedanken zu Ende, wenn die Elektronik auch die Gefahren erkennt, hat der Mensch mehr Zeit, darüber nachzudenken, dass derartige Gefahrensituationen überhaupt vermieden werden.

Das können Sie auch auf die Verwaltung umlegen. Zukünftig wird für die Beamtinnen und Beamten mehr Zeit zur Verfügung stehen, über ein rechtskonformes und gerechtes Handeln zu entscheiden, und sie werden dafür bessere Entscheidungsgrundlagen haben. Ich sehe darin einen sehr positiven Weg! ■

Die Sicherheit, die uns betrifft

„Cyber Security – Ist Resilienz in einer digitalen Ökonomie eine Utopie?“ Unter diesem Titel organisiert das BRZ eine Breakout-Session im Rahmen der Wirtschaftsgespräche des Europäischen Forums Alpbach. Mit BRZ-Geschäftsführer Mag. Markus Kaiser diskutieren darüber unter anderem Dr. Shermin Voshmgir, Direktorin des WU-Forschungsinstituts für Kryptoökonomie und Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Vorstandsvorsitzende der Austrian Power Grid AG. Wir bringen einen Überblick über deren Standpunkte sowie über die aktuellen Entwicklungen.

Digitale Kriminalität. Cyber Crime ist ein boomendes Geschäft. Laut neuesten Studien, die im April 2018 präsentiert wurden, beläuft sich der jährliche Umsatz, der mit Cyberkriminalität erzielt wird, auf 1.500 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: Das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt von Spanien. Man könnte deshalb auch sagen: Die Cyberkriminellen bilden die 13.-größte Volkswirtschaft der Welt. Laut Michael McGuire, Forscher der Universität Surrey, hat sich der Sektor enorm weiterentwickelt, nicht nur die Angriffsvektoren und die Art der Angriffe, nein, auch die Art von Geschäften ist vielfältiger und komplexer geworden, auch die Möglichkeiten, die illegalen Einkünfte zu „waschen“. Die Anreize zu digitaler Kriminalität nehmen zu, auf der

anderen Seite steigt dadurch der Schaden für Unternehmen und Organisationen und die Kosten, sich dagegen zu wappnen, nehmen zu.

Business as usual

Vorbei sind die Zeiten des romantischen Outlaws, der aufgrund seines Talents ein Passwort knackt, Staatsgeheimnisse an die andere Seite verkauft und dafür einen Koffer mit Bargeld erhält. Cyber-Kriminalität ist ein skalierbares Geschäft geworden. Heutzutage gibt man die Anfertigung von gefälschter Designerware auf dem Online-Schwarzmarkt in Auftrag. Kriminelle schreiben Ransomware gegen Bezahlung (die über PayPal, Kryptowährung, Gaming-Währungen erfolgen kann), man stiehlt Netflix-Userdaten anstelle von respektive zusätzlich zu Kreditkartendaten. Ein Teil der durch Cyber Crime erzielten Einnahmen wird gewaschen und in neue kriminelle Projekte investiert. McGuire geht von einem Betrag von mindestens 300 Mrd. Dollar aus.

Die andere Seite der Bilanz

Die Kriminalität steigt und damit steigen die Kosten für die betroffenen Organisationen. Durchschnittlich sind 130 Attacken auf ein Unternehmen pro Jahr erfolgreich und verursachen Kosten von 11,7 Mio. US-Dollar pro Unternehmen, listet die Studie „Kosten der Cyberkriminalität 2017“ des Ponemon-Instituts auf. Im Jahr davor belief sich die Anzahl der erfolgreichen Attacken auf ein Unternehmen

Cyber Crime

Mit welchen kriminellen Machenschaften das meiste Geld lukriert wird:



noch auf 102 (ausgewertet wurden die Daten von 254 Unternehmen in sieben großen Volkswirtschaften). Seit 2013 haben sich die verursachten Kosten pro Unternehmen fast verdoppelt. Für Österreich hat eine KPMG-Studie folgende Daten erhoben: 61 % der österreichischen Unternehmen waren in den letzten 12 Monaten Opfer einer Cyberattacke. Bei rund der Hälfte wird das Cyber Security-Budget im nächsten Jahr steigen.

Kritisch für kritische Infrastruktur

Nicht immer steht das Motiv Bereicherung hinter Cyber-Attacken, eine beträchtliche Anzahl ist politisch-aktivistisch („Hacktivism“) motiviert. Hier steht so genannte kritische Infrastruktur im Fadenkreuz der Angriffe, dazu zählen Webseiten des Parlaments, von Ministerien, Flughäfen, aber auch beispielsweise das Stromnetz.

Der Cyber-Sicherheits-Bericht des BKA 2018 vermerkt, dass insbesondere 2016 offizielle österreichische Webseiten Ziel von DDoS-Attacken (Distributed Denial of Service) waren. Auch in Österreich wurde eine starke Zunahme von Cyber-Crime-Delikten verzeichnet: 2017 wurde ein Anstieg um 52,6% im Vergleich zum Vorjahr festgestellt. Bei Ransomware belief sich der Zuwachs auf über 186%, wobei hier eine hohe Dunkelziffer angenommen werden darf, da viele Unternehmen aus Angst vor Reputationsverlust derartige Angriffe nicht melden, so der Bericht des Bundeskanzleramts.

Was ist also zu tun?

Kooperation ist ein Schlüssel, um Bedrohungen schneller zu erkennen und darauf zu reagieren. Es gibt einen EU-weiten Aktionsplan zur Cyber-Sicherheit, Österreich arbeitet auch mit der NATO im Rahmen der Partnership for Peace im Bereich „Cyber Defence“ zusammen. Technisch ist es bedeutsam, Sicherheitslücken, die erkannt wurden, ehestmöglich zu schließen, dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Letztlich wird es entscheidend sein, die Wertschöpfungskette von Cyber Crime zu unterbrechen, d. h. nicht nur technisch die Angriffe zu bekämpfen, sondern auch Möglichkeiten, diese Angriffe zu monetarisieren, zu erschweren. ■



innovate_it

Elsa Lischka, BA MA
Digital Transformation Consultant im BRZ

Die Blockchain vergisst nie

Sensible Unternehmensdaten nur noch hinter Firewalls zu sichern, reicht heutzutage nicht mehr aus, um das Cyber-Ökosystem eines Unternehmens zu schützen. Auch größere Investitionen in neue Soft- und Hardware allein bieten keinen ausreichenden Schutz. Unternehmen und Organisationen müssen eine eigene IT-Resilienz im Cyber-Ökosystem aufbauen. Um Cyber-Attacken vorzubeugen, sollte Folgendes berücksichtigt werden: eine resiliente Unternehmenskultur und -führung, ein sicheres Netzwerk, ein Aufbau von agilen Methoden sowie eine gewisse Anpassungsfähigkeit im IT-Sicherheitssystem.

Für das BRZ als Hüter des Datenschutzes der Republik Österreich und somit sensibler Daten aller Bürger/innen ist dieses Thema natürlich von höchster Priorität. Die Risikoreduzierung und somit die Gewährleistung des erforderlichen Sicherheitsniveaus erfolgt - unter dem Einsatz zertifizierter Informationssicherheits-Managementsysteme (ISMS) - durch technische und organisatorische Hochsicherheitsmaßnahmen. Außerdem werden dabei immer wieder neue Technologien berücksichtigt und auch zum Schutz eingesetzt.

„Für das BRZ als Hüter des Datenschutzes der Republik Österreich und somit sensibler Daten aller Bürger/innen ist dieses Thema natürlich von höchster Priorität.“

Eine dieser neuen Technologien ist etwa die Blockchain. Mit dieser dezentralen Datenbank, die eine stetig wachsende Liste von Transaktionsdatensätzen vorhält, ist ein Schutz großer Datenmengen mittels Verschlüsselung und Zugriffsverwaltung einfacher geworden. Informationen können damit transparenter dokumentiert werden.

In meiner allerersten Medienpolitik-Vorlesung an der Universität schrieb mein Professor an die Tafel: „Das Internet vergisst nie!“ Dieser Satz brachte mich bis zur letzten Prüfung zum Nachdenken, aber mittlerweile gibt es „das Recht auf Vergessenwerden“. Das soll sicherstellen, dass digitale Informationen mit einem Personenbezug nicht dauerhaft zur Verfügung stehen. Doch viele meinen, dieses sei durch den Einsatz einer Blockchain praktisch ausgehebelt. „Die Blockchain vergisst nie“, würde mein Professor wohl heute an die Tafel schreiben. Diese Aussage ist technisch zwar korrekt, aber auch für Blockchains gibt es Möglichkeiten, Daten zu vergessen. Entweder man speichert sensible Daten von Beginn an separat oder man wirft die Schlüssel zu den Daten auf der Blockchain weg.

Haben Sie Fragen?

Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme unter:
elsa.lischka@brz.gv.at

Dr. Shermin Voshmgir

Der gläserne Mensch ist Realität Das Recht auf Privatsphäre leidet

Ein Gespräch mit Dr. Shermin Voshmgir, Direktorin des Forschungsinstituts für Kryptoökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Wo liegen die größten Herausforderungen in einer digitalen Wirtschaft?

Das kommt auf die Perspektive an, sprechen wir vom Endkunden, von Firmen oder vom Staat? Je nach Perspektive stellen sich andere Herausforderungen. Ich möchte mich auf die Perspektive der Kunden konzentrieren. Die größte Herausforderung heutzutage ist, dass Nutzer/innen jeglicher wirtschaftlicher Leistung keine Kontrolle darüber haben, was mit ihren Daten passiert. Das liegt an den bestehenden Datenstrukturen, denn das herkömmliche Internet ist nach wie vor darauf aufgebaut, dass Daten zentral auf einem Rechner abgespeichert und Kopien dieser Daten über das Internet verschickt werden. Jedes Mal, wenn das geschieht, verlieren wir die Kontrolle darüber, was der andere mit unseren Daten macht. Freunde, die E-Mails von uns bekommen, Banken, die unsere Stammdaten verwalten, Facebook, Google und Co, die unsere Verhaltensdaten tracken. Das herkömmliche Internet hat auch keinen eingebauten Sicherheitslayer. Kryptografische Verfahren wurden erst später auf Anwendungsebene dazugebaut sozusagen. Das ist ein Problem, wenn wir nicht zum gläsernen Menschen werden wollen. Wir müssen daher unsere Datenstrukturen neu erfinden, damit wir mehr Kontrolle über unsere Daten haben, bei gleichzeitiger Wahrung unserer Privatsphäre durch Kryptografie. Genau das passiert jetzt dank Blockchain und dem dezentralen Web, oder dem Web 3.0.

Kann die Blockchain ein Allheilmittel für sichere und zuverlässige Transaktionen in der Zukunft sein? Wo sehen Sie konkrete Anwendungsfälle?

Blockchain ist kein Allheilmittel. Es ist nur eine Technologie in diesem neuen dezentralen Web, das jetzt gerade entsteht. Kryptografie sorgt einerseits für

Transparenz für alle Teilnehmer/innen und gewährleistet gleichzeitig die Privatsphäre jeder/jedes Einzelnen. Daten sind nicht zentral auf Servern abgespeichert, sondern alle Rechner im Netzwerk haben denselben Informationsstand. Transaktionen werden per Mehrheitskonsens verifiziert, nicht durch zentrale Instanzen. Diese neue Technologie vermeidet Datensilos, ineffiziente Datenschnittstellen und ermöglicht echte P2P-Transaktionen ohne zentrale Clearingstellen. Geld ohne Banken wie im Falle von Bitcoin, Monero u.a. Dezentrales File Storage ohne Amazon, soziale Netzwerke ohne Facebook und Co wie im Falle von Steemit. Die Zukunft ist schon da, sie ist nur noch nicht bei jedem angekommen.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen einer völlig digitalen Ökonomie auf die Gesellschaft und auf den Einzelnen?

Wir leben in einer zunehmend digitalen Welt, in der wir zum gläsernen Menschen werden, da alle unsere Handlungen, irgendwo von irgendwem getrackt werden. Das Recht auf Vergessen ist meiner Meinung nach die falsche Debatte, wenn etwas einmal aufgezeichnet ist, dann ist es bekannt, auch wenn es nachträglich gelöscht wird. Wir müssen daher das Recht auf Privatsphäre, das in demokrati-

schen Gesellschaften auf Verfassungsebene garantiert ist, neu diskutieren. Wir müssen über das Recht auch auf kryptografischen Schutz unserer Privatsphäre reden. Das geschieht zu wenig. Im Gegenteil, Kryptografie wird eher als Indiz potenzieller krimineller Aktivitäten gewertet. Dabei entspricht es dem Briefgeheimnis in der analogen Welt.

Wie resilient kann eine Demokratie sein, wenn theoretisch eine völlige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger mittels moderner Technik möglich ist?

Blockchain und KI sind sehr mächtige Technologien. Wenn wir unsere Datenstrukturen nicht mit der notwendigen Vorsicht aufbauen, sodass das Recht auf Privatsphäre gewährt ist, können diese Technologien sehr schnell zu Kontrollinstrumenten für Überwachungsstaaten dienen. Das passiert nicht nur in China, sondern auch vor unserer eigenen Haustür, und die meisten merken es nicht. Durch KYC (Know Your Customer)-Verfahren u. a., die auf Geldwäschegesetze, Antiterrorgesetze, Kinderpornografiebekämpfung etc. zurückzuführen sind, aber zunehmend unsere Privatsphäre aushöhlen, weil wir nun dadurch bei allen unseren Aktivitäten identifizierbar sind. ■



„Wir müssen das Recht auf kryptografischen Schutz unserer Privatsphäre neu diskutieren. Das geschieht zu wenig. Im Gegenteil. Kryptografie wird eher als Indiz potenzieller krimineller

Aktivitäten gewertet. **Dabei entspricht es dem Briefgeheimnis in der analogen Welt.“**

Dr. Shermin Voshmgir, Direktorin, Forschungsinstitut für Kryptoökonomie, WU Wien



Dr. Ulrike
Baumgartner-Gabitzer
Vorstandsvorsitzende der
Austrian Power Grid AG

Das Thema Sicherheit ist ein zentraler Faktor

Wo liegen die größten Herausforderungen in einer digitalen Wirtschaft – Sicherheit der Systeme, Sicherheit des Zahlungsverkehrs, Gewährleistung von Wettbewerb etc.?

Eine große Herausforderung – gerade im Bereich Energie – ist, dass wir es mit gewachsenen Strukturen zu tun haben. Der Vorteil ist, dass vieles kein Internet benötigt, um zu funktionieren. Der Nachteil ist, dass diese Systeme, wenn man sie dann doch zum Internet hin öffnet, unzureichend darauf vorbereitet sind. Daran wird natürlich schon gearbeitet, aber das bleibt eine große Herausforderung. Das größte Problem für kritische Infrastrukturen sind allerdings die unterschiedlichen Angreifer. Gegen den „klassischen“ Hacker können wir uns gut schützen. Doch bei einem „digitalen Schlachtfeld“ mit staatlichen Beteiligten und damit verbundenen finanziellen Ressourcen ist der Schutz der Infrastruktur immer schwieriger zu gewährleisten.

Kann die Blockchain ein Allheilmittel für sichere und zuverlässige Transaktionen in der Zukunft sein? Wo sehen Sie konkrete Anwendungsfälle? Was wären die Alternativen?

Wir müssen uns generell daran gewöhnen, bei allen Aktivitäten und Anwendungen der Digitalisierung den Sicherheitsaspekt von Anfang an mitzudenken. Im Moment überwiegt der „Convenience“-Gedanke, also was wird leichter und komfortabler durch digitale Anwendungen. Die Frage nach möglichem Missbrauch oder Angriffsflächen wird nicht konsequent gestellt. Ob Blockchain hier eine mögliche Lösung ist oder andere Technologien, ist dann sekundär.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen einer völlig digitalen Ökonomie auf die Gesellschaft und auf den Einzelnen?

Digitalisierung ist ein Werkzeug, mit dem wir gerade lernen umzugehen. Wir brauchen eine deutlich intensivere Diskussion über „digitale Ethik“, in dem Sinne, dass vermutlich nicht alles, was machbar ist, auch wünschenswert ist.

Wie resilient kann eine Demokratie sein, wenn theoretisch eine völlige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger mittels moderner Technik (siehe China) möglich ist? Was erwarten Sie von der Verwaltung, um die positiven Aspekte der Digitalisierung nutzen zu können?

Unser Staats- und Demokratieverständnis ist ein deutlich anderes als etwa in China. Die staatlichen bzw. europäischen Institutionen geben bei uns den Rahmen vor, der sich dann in Rechtsvorschriften niederschlägt. Hier gilt es – wie in vielen anderen Bereichen auch – eine kluge Balance zwischen nötigem Schutz, aber auch notwendigem individuellen Freiraum zu finden. ■



FORUM
ALPBACH
PARTNER

Official Partner of the European Forum Alpbach 2018



Mag. Markus Kaiser
Geschäftsführer des BRZ

Kooperation als Erfolgsfaktor

Mit Sicherheit innovativ lautet der Leitspruch des BRZ. Sicherheit und Innovation zu verbinden, ist unser täglicher Anspruch, um den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen. Das Hauptziel dabei ist, das Vertrauen in die Infrastruktur und die digitalen Services der Verwaltung aufrechtzuerhalten.

Durchschnittlich erleben wir drei Angriffe pro Minute auf unsere Server – Cyber-Attacken sind also Realität und stellen einen sehr hohen Anspruch an unsere Infrastruktur, um Datensicherheit, Datenschutz zu gewährleisten. Das ist für das BRZ sicherlich die größte Herausforderung.

Entscheidend dabei ist die Kooperation auf nationaler und internationaler Ebene, so sind wir Mitglied im nationalen CERT-Verbund, Kuratorium Sicheres Österreich, A-SIT. Auf internationaler Ebene sind jedenfalls ENISA (European Union Agency for Network and Information Security) und seit Kurzem auch MISP (Malware Information Sharing Platform) hervorzuheben. Hier geht es v. a. um den raschen Austausch von Informationen zu aktuellen Cyber-Bedrohungen. Ebenso wichtig ist es aber, Anwendungen von Grund auf resilient zu programmieren – Security by Design eben.

Vertrauen hat aber noch eine andere Dimension, diese betrifft digitale Identitäten, Zugang zu Portalen, digitalen Zahlungsverkehr usw. Die EU arbeitet hier an einheitlichen Standards, die im Rahmen des digitalen Binnenmarktes unser aller Leben einfacher, zugleich aber auch sicherer machen. Ein Beispiel: heute melde ich mich über Facebook zu zahlreichen anderen Services, auch im Bereich E-Commerce, an. Zukünftig könnte das auch über eine einheitliche europäische ID passieren, mit dem Vorteil, dass man die Datenhoheit über seine eigenen Daten behält und damit strengere Standards eingehalten werden. Das BRZ ist an zahlreichen dieser EU-Projekte beteiligt und treibt die Entwicklung voran. ■

„Hier aktiv mitgestalten zu können, ist eine tolle Chance und spannende Herausforderung“

Von der Profi-Sportlerin zur HR-Managerin. Karin Kschwendt spricht über Trends der Branche und ihre Ziele in ihrer neuen Funktion als Bereichsleiterin HR, Facility Management und ID (Interne Dienste) im BRZ.

Sie waren Profi-Tennispielerin. Bereitet man sich auf ein Bewerbungsgespräch vor wie auf ein Tennismatch?

Ja, bei beiden gelten die gleichen Erfolgsfaktoren: eine gute Vorbereitung, Konzentration, das richtige Gespür für die Person gegenüber und eine positive Herangehensweise sind entscheidend für ein gutes Gelingen.

Wie haben Sie sich auf Ihre Bewerbung vorbereitet? Welche Tipps haben Sie für Bewerber/innen?

Nachdem mich der Headhunter kontaktiert hat, habe ich mich sowohl auf das BRZ als auch auf meine Gesprächspartnerin Frau Sumper-Billinger und Herrn Kaiser vorbereitet. Dafür habe ich mich mit Bekannten unterhalten, die das BRZ gut kennen, und auch im Internet recherchiert. Herrn Kaiser kannte ich schon von einer Podiumsdiskussion beim Europäischen Forum Alpbach 2017, wo wir gemeinsam zum Thema „Führung in komplexen Zeiten“ diskutiert haben. Tipps ganz kurz zusammengefasst: authentisch bleiben.

Was ist für Sie das Spannende am BRZ?

Durch die Digitalisierung verändert sich die Art wie wir arbeiten, lernen und kommunizieren. Als eines der führenden IT-Unternehmen des Landes hat das BRZ die Möglichkeit, die Zukunft aktiv mitzugestalten. Teil dieses Gestaltungsprozesses zu sein, ist eine tolle Chance und spannende Herausforderung.

Mit welchen Zielen haben Sie diese Position übernommen? Wo wollen Sie Ihre Schwerpunkte setzen?

Basierend auf meinen langjährigen Erfahrungen im HR-Umfeld ist es mein Ziel, die strategischen Vorgaben der Geschäftsführung für die Bereiche HR, Facility Management und ID umzusetzen und damit einen wertvollen Beitrag

für den Unternehmenserfolg zu leisten. Bezüglich Schwerpunkten möchte ich z. B. für HR neben der klassischen Funktion des internen Dienstleisters (arbeitsrechtliche Themen bis Organisation von Trainings) die Bedeutung von HR als strategischer Partner für Führungskräfte und die Geschäftsführung weiter verstärken.

HR ist immer Trends unterworfen - wie gehen Sie damit um?

HR ist immer mittendrin in Veränderungsprozessen, die ich offen und mit Freude angehe. „Modische“ Trends im Arbeitsumfeld sollte man kennen bzw. auch gerne ausprobieren, aber nur jenen folgen, die zu einer Organisation und der eigenen Unternehmenskultur passen. „Design Thinking“ ist zum Beispiel so ein aktueller Trend: Mit Hilfe dieser agilen Systematik kann man kreative Lösungen für komplexe Probleme entwickeln und implementieren. Aufbauend auf dem Know-how, das wir schon im Haus haben, wollen wir Design-Thinking-Kompetenz im BRZ weiter ausbauen. Das bedeutet aber nicht, dass mittels Design Thinking die Lösung für jedes Problem gefunden werden kann, bei der Findung weiterer zukunftsorientierter Methoden sind wir als HR-Team natürlich auch gerne behilflich!

Die Art wie wir arbeiten ändert sich: Flexibilität ist gefragt, neue Skills werden benötigt - wie sieht der Arbeitsplatz der Zukunft aus?

Der Arbeitsplatz der Zukunft ist geprägt durch Digitalisierung. Klassische Bürostrukturen lösen sich auf, Arbeitsprozesse werden beschleunigt, individuelle Gestaltungsmöglichkeiten geben mehr Raum für Kreativität, es wird mehr Flexibilität von allen Beteiligten verlangt. Die Welt wird komplexer, volatiler, unsicherer und ich sehe es als Chance für uns alle, mit Hilfe von modernen Methoden und Tools zu lernen, anzuwenden, zu optimieren und mit diesen Veränderungen umzugehen.

„Der Arbeitsplatz der Zukunft ist geprägt durch Digitalisierung. Klassische Bürostrukturen lösen sich auf.“

Mag. (FH) Karin Kschwendt, Bereichsleiterin HR, Facility Management und ID im BRZ

Das BRZ setzt für Kunden den Arbeitsplatz der Zukunft um. Wie schaut dieser Ihrer Meinung nach für das BRZ aus?

Basierend auf sozialen Eckpfeilern wie guter Teamarbeit, Vertrauen und einer gemeinsamen Vision müssen wir für die aktuellen Aufgaben entsprechende Räumlichkeiten und Arbeitsplätze gestalten, wo Kommunikation und Kooperation gefördert werden. Arbeiten und Lernen verschwimmen dabei immer mehr. Zu beachten gilt es auch, dass es im BRZ Tätigkeiten bzw. Arbeitsbereiche gibt, wo es um Effizienz geht, während bei anderen Bereichen die Innovation im Vordergrund steht. Für diese so unterschiedlichen Aufgaben müssen jeweils optimale Arbeitsumgebungen geschaffen werden.

Für Mitarbeiter/innen wird der Sinn ihrer Tätigkeit immer wichtiger und dementsprechend muss es für sie passende Angebote in den Bereichen Resilienz (psychische Widerstandsfähigkeit), Umgang mit Veränderungen und Gesundheit geben.

Soll der Einsatz von Collaboration Tools gefördert werden? Verbessern Open-Space-Konzepte die Zusammenarbeit?

Der Einsatz von Collaboration Tools ist sinnvoll, allerdings sollte der Wunsch nach Zusammenarbeit unabhängig von Tools sein. Auch wird ein persönliches Gespräch nie an Bedeutung verlieren. Ein Open-Space-Konzept verbessert dann die Zusammenarbeit, wenn es entsprechend den Bedürfnissen der Abteilung entwickelt und umgesetzt wird.

Was kann man vom Sport ins Berufsleben mitnehmen?

Im Profisport sind Eigenschaften wie Zielstrebigkeit, Ausdauer, Fleiß, das Setzen von Prioritäten, schnelles situatives Entscheiden, die Fähigkeit, aus Niederlagen zu lernen, und vor allem die Freude am Job nur einige der Voraussetzungen, die man benötigt, um Erfolg zu haben. Das sind dieselben Faktoren, die man neben fachlichen Qualifikationen auch im Business beziehungsweise bei der



Leitung eines Teams benötigt. Auch Eigenschaften als Teamplayer kann ich mitnehmen: Neben den WTA-Einzelturnieren habe ich erfolgreich im Team gespielt, sei es wöchentlich bei Doppelturnieren oder bei internationalen Mannschaftsbewerben wie dem Federation Cup, der österreichischen Staatsliga und der deutschen Bundesliga.

Wie war der Umstieg vom Profisport in die Unternehmenswelt für Sie?

Mir war immer klar, dass ich nach meiner aktiven Karriere nicht im reinen Sport-Umfeld bleiben wollte, und ich habe daher nach 15 Jahren im Profisport ein Wirtschaftsstudium begonnen. Dies hat natürlich bedeutet, dass ich für meine zweite Berufslaufbahn wieder bei null beginnen musste. Da ich aber immer eine große Freude daran hatte, mich weiterzuentwickeln und Neues zu lernen, war es die Mühen auf jeden Fall wert. ■

BRZ unter den Top Drei der attraktivsten Arbeitgeber

Das BRZ wurde bei der Randstad Employer Branding Research 2018 zum drittattraktivsten Arbeitgeber Österreichs 2018 gekürt. Die in 30 Ländern erhobene Arbeitgebermarken-Studie wurde 2018 erstmals auch in Österreich durch ein unabhängiges Institut durchgeführt und basiert auf der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit. Befragt wurden 7.500 Österreicher/innen zu den 150 größten Unternehmen des Landes (gemessen an der Mitarbeiter/innenzahl in Österreich).

Das BRZ bietet eine enorme Breite an technologischen Themenstellungen und Karrieremöglichkeiten für IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten. Trainee-Programme und ein Angebot an Praktikarunden das Angebot für Job-Einsteiger/innen ab.





Und die Welt steht immer noch ...

Seit 25. Mai greift die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Auf dieses Datum haben Unternehmen und Behörden seit Monaten intensiv hingearbeitet. Aber was passiert jetzt?

Die neue Verordnung verspricht besseren Schutz von personenbezogenen Daten, bessere Kontrolle und erweiterte Rechte für natürliche Personen, aber auch mehr Pflichten für Verantwortliche und Auftragsverarbeiter.

Die Zeit nach dem „D-Day“ ...

Seit dem 25. 5. ist die Anzahl der E-Mails mit Hinweisen auf neue Datenschutzerklärungen oder zur Einholung der Einwilligung von betroffenen Personen schlagartig zurückgegangen. War der ganze Aufwand umsonst und ist der Hype rund um die DSGVO nun zu Ende? Definitiv nein! Eine datenschutzkonform agierende Organisation sollte die nachfolgenden Aufgaben bereits erfüllt haben:

BRZ DataReg ...so einfach kann Datenschutz sein

In den vergangenen Monaten haben viele Unternehmen enorme Anstrengungen unternommen, um die vorhandenen Verarbeitungstätigkeiten lückenlos zu dokumentieren. Dies wird einerseits von der DSGVO gefordert, ist andererseits aber auch ein wesentlicher Bestandteil eines Datenschutzmanagement-Systems. Wie wichtig die Dokumentation ist, zeigt auch die Anzahl der Verfahren bei der österreichischen Datenschutzbehörde: Drei Wochen nach dem 25.05. waren bereits 81 Verfahren anhängig.

Das anhaltende Interesse am Datenschutz zeigt sich auch an einer anderen Stelle: BRZ DataReg, das kompakte Register für das Verzeichnen von Verarbeitungstätigkeiten, hat mittlerweile über 150 Kunden. Mit der neuen Version von BRZ DataReg Plus wurden mehrere neue Funktionen zur strukturierten Ablage von Verarbeitungstätigkeiten eingearbeitet. Nun ist es möglich mit Hilfe von Ordnern fachliche oder organisatorische Strukturen (wie z.B. Fachbereiche, Sektionen/Abteilungen, Tochtergesellschaften) abzubilden und Benutzerinnen und Benutzer auf diese Ordner zu berechtigen.

Sie haben Fragen zum BRZ DataReg?
Schreiben Sie uns ein E-Mail: datareg@brz.gv.at

1. Lückenlose Erfassung aller Verarbeitungstätigkeiten und laufende Pflege des Verzeichnisses
 2. Etablierung von Prozessen zur Abwicklung der Betroffenenrechte
 3. Durchführung von Datenschutz-Folgenabschätzungen bei Verarbeitungen mit hohem Risiko
 4. Einhaltung der Meldepflichten bei Datenschutzverletzungen
 5. Laufende Dokumentation von Maßnahmen und Entscheidungen
 6. Gewährleistung eines Schutzniveaus durch technische und organisatorische Maßnahmen
 7. Berücksichtigung von „Privacy by Design“ und „Privacy by Default“ bei der Entwicklung neuer Produkte
 8. Laufende Überprüfung und Anpassung von Kunden- und Lieferantenverträgen
 9. Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 10. Überwachung der Einhaltung der Verordnung durch die/den Datenschutzbeauftragte(n)
- Dieser Auszug zeigt, dass es nach wie vor essenziell ist, das Thema Datenschutz weiterhin zu verfolgen.

Datenschutz-Compliance

Es liegt in der Verantwortung jeder einzelnen Organisation, für Transparenz und Sicherheit zu sorgen. Doch wie können die Bemühungen im Bereich Datenschutz den Kunden und Konsumenten vermittelt werden? Eine Datenschutz-Zertifizierung ist ein geeignetes Instrument, um Datenschutzkonformität im eigenen Unternehmen nachzuweisen. Darüber hinaus bringt eine Zertifizierung durch eine unabhängige Zertifizierungsstelle auch den einen oder anderen Wettbewerbsvorteil mit sich. Strebt man als Unternehmen eine solche Zertifizierung an, kommt man an einem etablierten Datenschutzmanagementsystem (DSMS) nicht vorbei. Ein DSMS ist ein auf ständige Leistungsverbesserung ausgerichtetes, zur systematischen und klaren Lenkung und Leitung erforderliches Konzept, um eine Organisation in Bezug auf den Datenschutz erfolgreich führen und betreiben zu können. Sollten bereits andere Managementsysteme im Unternehmen vorhanden sein, empfiehlt sich ein integrierter Ansatz.

Das Recht auf Auskunft

Welche Daten hat meine Versicherung über mich gespeichert? Was weiß mein KFZ-Händler über mich? Was machen Social Networks mit meinen Daten? Seit dem 25. 5. müssen solche Fragen verbindlich beantwortet werden. Der Umgang mit Betroffenenanfragen sowie die proaktive Bereitstellung von Informationen zu den geplanten und/oder bestehenden Datenverarbeitungen sind wesentliche

Anforderungen der DSGVO. Bereits bei der Erhebung von personenbezogenen Daten muss die betroffene Person über Zweck, Rechtsgrundlage, Empfänger, Speicherdauer/Löschfristen etc. informiert werden. Zusätzlich haben betroffene Personen die Möglichkeit, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden (Art 15 DSGVO). Eine solche Anfrage muss grundsätzlich innerhalb eines Monats beantwortet werden.

Herausforderung Lösungsverpflichtung

Das Löschen von personenbezogenen Daten ist aufgrund der technischen Komplexität vermutlich die Königsdisziplin der DSGVO. Bevor man jedoch mit der Implementierung von Löschkonzepten beginnt, ist die Erhebung der rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich.

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen zwei Arten der Löschung:

- › antragsunabhängig: vom Löschantrag unabhängig (Verarbeitungszweck entfällt, Aufbewahrungsfrist endet etc.)
- › antragsabhängig: Löschantrag der betroffenen Person (Widerruf der Einwilligung, begründeter Widerspruch gegen die Verarbeitung etc.)

In beiden Fällen hat die Löschung jedenfalls unverzüglich zu erfolgen. Bei einer Löschung auf Antrag muss der Verantwortliche die betroffene Person spätestens innerhalb eines Monats über die ergriffenen Maßnahmen informieren. Eine Löschung ist immer dann durchzuführen, wenn der zugrunde liegende Verarbeitungszweck erfüllt wurde. Will ein Verantwortlicher seiner Prüf- und Rechenschaftspflicht nachkommen, ist ein dokumentiertes Löschkonzept unbedingt erforderlich.

Datenschutzorganisation

Ob Auskunft, Löschung, Datenschutz-Folgenabschätzung oder der Prozess für die Meldung von Datenschutzverletzungen – um die komplexen Anforderungen der DSGVO im betrieblichen Alltag zu verankern, ist vor allem bei großen Organisationen der Einsatz einer Datenschutzorganisation, die Zuweisung von Verantwortungen sowie der Einsatz von Managementsystemen unumgänglich. Das BRZ hat in den letzten Monaten intensiv daran gearbeitet, die Anforderungen der DSGVO effizient umzusetzen. Zur Erfüllung der Dokumentationsanforderungen, aber auch zur Nachverfolgung der Fristen werden interne Tools wie zum Beispiel der elektronische Akt (ELAK) verwendet. Des Weiteren bietet das BRZ in der Rolle des Auftragsverarbeiters seinen Kunden verschiedene Möglichkeiten zur Weiterleitung von Betroffenenanfragen. Diese können bei Bedarf direkt mittels ELAK oder standardisiertem Formularservice an das BRZ weitergeleitet werden. ■



secure_it

Christian Svoboda, MSc.
Leiter Datenschutzmanagement im BRZ

Datenschutz-Folgenabschätzung: Nur lästige Pflicht?

Seit 25. Mai müssen Verantwortliche bei Verarbeitungstätigkeiten, die ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person darstellen, eine Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) durchführen. Aber was genau verbirgt sich hinter dieser Maßnahme und hat der Verantwortliche dadurch auch irgendeinen Mehrwert oder nur zusätzliche Aufwände? Mit Inkrafttreten der DSGVO wurde die Meldepflicht bei der Datenschutzbehörde (Datenverarbeitungsregister) abgeschafft und stattdessen die Verantwortung verstärkt in Richtung des Verantwortlichen und des Auftragsverarbeiters verlagert. Eine der neuen Verpflichtungen des Verantwortlichen ist die Durchführung einer DSFA. Doch auch Auftragsverarbeiter müssen hier ihren Teil dazu beitragen.

Aber wo genau liegt nun der Mehrwert? Aus Sicht der Betroffenen liegen die Vorteile auf der Hand – etwaige Risiken werden bereits frühzeitig erkannt und vor Inbetriebnahme der Verarbeitung beseitigt. Das steigert das Vertrauen in das Unternehmen. Aus Sicht des Verantwortlichen ist die DSFA eine Möglichkeit, um gegenüber Kunden und Behörden die Bemühungen im Bereich Datenschutz darzustellen. Die Artikel 29-Gruppe hat zur DSFA neun Kriterien ausgearbeitet, die für die Durchführung einer DSFA ausschlaggebend sein können. Treffen zumindest zwei der Kriterien zu, ist eine DSFA obligatorisch.

1. Bewerten und Einstufen (Erstellung von Profilen oder Prognosen)
2. Automatisierte Entscheidungsfindung mit Rechtswirkung oder ähnlich bedeutsamer Wirkung
3. Systematische Überwachung
4. Vertrauliche Daten oder höchst persönliche Daten
5. Datenverarbeitung in großem Umfang
6. Abgleichen oder Zusammenführen von Datensätzen
7. Daten zu schutzbedürftigen Betroffenen
8. Innovative Nutzung oder Anwendung neuer technologischer oder organisatorischer Lösungen
9. Die Verarbeitung hindert betroffene Personen an der Ausübung eines Rechts oder der Nutzung einer Dienstleistung bzw. Durchführung eines Vertrags

Weitere Hinweise darauf, ob eine DSFA durchzuführen ist, findet man in der White-/Blacklist der Datenschutzbehörde. Setzen Sie auf jeden Fall ein entsprechendes Team für die Evaluierung von Verarbeitungen ein, um eine subjektive Beurteilung durch eine Einzelperson zu vermeiden (z. B. DSFA-Team bestehend aus Fachverantwortlichen, IT, Rechtsabteilung, Datenschutzbeauftragte/r).

Haben Sie Fragen?

Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme unter: datenschutz@brz.gv.at

„Die **Digitalisierung**
von Prozessen kann
Erleichterung, Entlastung und
Effizienzsteigerung bedeuten,
von der alle profitieren.“

Hartwig Löger, Finanzminister